

DGB-Region Köln-Bonn zur
Landtagswahl 2010

DGB

Bildungspolitik NRW

Zeit für Veränderungen



Herausgeber:
DGB–Region Köln-Bonn
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
www.region-koeln-bonn.dgb.de

verantwortlich:
Andreas Kossiski

Stand: Januar 2010

Preis: kostenlos

Inhalt

Vorwort	Seite 4
Zeit für Veränderungen	Seite 5
Kernforderungen der Gewerkschaften	Seite 6
Bildungspolitik der Landesregierung seit 2005 – Eine Selbsteinschätzung	Seite 13
Positionen der Parteien und gewerkschaftliche Forderungen	Seite 16
Positionen der Parteien auf einen Blick	Seite 20
Weitere bildungspolitische Positionen der DGB-Region Köln-Bonn.....	Seite 21

Vorwort



Bildung hat in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert. Stichworte wie „Wissensgesellschaft“ und „lebensbegleitendes Lernen“ gehören zum Standardvokabular einer jeden Bildungsdiskussion. Doch: Wie sieht es mit der Bildung und dem Bildungssystem aus? In internationalen Vergleichen schneiden Schülerinnen und Schüler aus Deutschland schlecht ab. Das Bildungssystem benachteiligt sozial Schwache und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Politik hat nach dem PISA-Schock erste Veränderungen auf den Weg gebracht. Doch das System ist schwerfällig. Es gibt keine Kenntnisprobleme, sondern Umsetzungsprobleme.

Schon in 2007 hatte der DGB in Köln mit einer Bildungskampagne auf die Missstände im Bildungswesen aufmerksam gemacht und Änderungsvorschläge eingebracht. Damals lag das Hauptaugenmerk auf einer kompensatorischen Bildungspolitik durch die Stadt. Die Stadt Köln ist als Schul- und Bildungsträger – und mit Blick auf die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Stadt – gefordert, alle Handlungsräume zu nutzen, um den Bildungsstand aller hier lebenden Menschen positiv zu fördern. Kommunale Bildungspolitik muss sich dabei besonders auf den zunehmenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und auf die veränderten Familienstrukturen und Lebensbedingungen einstellen.

Doch das alleine reicht nicht aus! Wir brauchen eine grundlegende Reform des Bildungssystems. Der Landtag und die Landesregierung steht in der Verantwortung, endlich ein Bildungssystem zu schaffen, dass von Chancengleichheit geprägt ist und allen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive gibt.

Bildungspolitik ist eine Kernaufgabe der Bundesländer. Die Bundesländer haben hier nicht nur Gestaltungsmacht, indem sie eigenständig Rahmenbedingungen festlegen können. Sie haben auch eine Gestaltungsverantwortung, denn Bildung ist ein Menschenrecht. Aus diesem Grund sehen der DGB und die Gewerkschaften in der Region Köln-Bonn das Thema „Bildung“ auch als Maßlatte für die Landtagswahl 2010.

In der vorliegenden Broschüre vergleichen wir die Aussagen der im Landtag vertretenen Parteien zur Bildungspolitik und stellen diese unseren gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Andreas Koel". The signature is written in a cursive, flowing style.

DGB-Regionsvorsitzender Köln-Bonn

Zeit für Veränderungen

Noch immer leben in Deutschland rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 65 000 Jugendliche verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss.

Diese Fakten sind nicht nur ökonomischer Sprengstoff, sie gefährden auch den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Es geht aber auch um ein originär gewerkschaftliches Interesse, weil die Qualität der Arbeit und die Entlohnung in einem direkten Wechselverhältnis zum Bildungsniveau stehen: Ein geringer Bildungsstand erhöht das Risiko der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit oder führt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Eine geringe Kaufkraft und steigende staatliche Transferleistungen sind die Folge einer verfehlten Bildungspolitik, die breite Bevölkerungsschichten vom Wohlstand abkoppeln.

Die Gewerkschaften haben daher einen 10-Punkte-Katalog beschlossen:

1. Bildung ist ein Menschenrecht - Bildungsarmut bekämpfen
2. Bildung ist staatliche Daseinsvorsorge - Privatisierung verhindern und Gebühren abschaffen
3. Bildung braucht Zeit - Ganztagsangebote ausbauen
4. Bildung beginnt in der frühen Kindheit - Kitas verbessern
5. Eine gute Schule für alle Kinder fördert und unterstützt - Auslese der Kinder stoppen
6. Ausbildung schafft Lebensperspektiven - statt Warteschleifen die duale Berufsausbildung stärken und das schulische Angebot verbessern
7. Hochschulen sind Innovationsmotoren der Gesellschaft - Akademische Bildung öffnen
8. Lebenslanges Lernen eröffnet Horizonte - Weiterbildung solide finanzieren
9. Gute Bildung und gute Arbeit gehören zusammen - Professionalität der Beschäftigten stärken
10. Ein "Zukunftsfähiges Deutsches Bildungssystem" braucht eine nationale Strategie – mehr Geld in Bildung investieren

Ein wesentlicher Hemmschuh, der zum Synonym für die Bildungsmisere geworden ist, ist das zergliederte Schulwesen. In nahezu allen europäischen Ländern lernen heute alle Kinder sechs oder mehr Jahre gemeinsam. Die Hälfte der europäischen Länder hat inzwischen eine Gemeinschaftsschule für die gesamte Dauer der Schulpflicht. Doch, anstatt sich der grundsätzlichen Strukturdiskussion zu stellen, stützt die derzeitige Landesregierung durch die Abschottung der Gymnasien, die Aufhebung der Schulbezirke, die sogenannte verbindliche Grundschulempfehlung und durch die sogenannte Qualitätsoffensive Hauptschule das selektive System. Andere Bundesländer – auch CDU geführte – sind weiter und öffnen sich zusehends in der Frage der Schulstruktur.

Kernforderungen der Gewerkschaften

1. Bildung ist ein Menschenrecht - Bildungsarmut bekämpfen

Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Trotzdem werden in Deutschland noch immer zu viele junge Menschen durch fehlende Bildungs- und Ausbildungschancen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Sie sind die Verlierer des deutschen Bildungssystems. Immer noch leben in Deutschland vier Millionen Menschen, die als sogenannte funktionale Analphabeten nicht gut genug lesen und schreiben können, um erfolgreich in Alltag und Beruf zu bestehen. Fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommt keinen Ausbildungsplatz. Kinder von Arbeitern sind an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Fast 400.000 Jugendliche "verschwinden" im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Die meisten von ihnen bleiben ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB: die Herausforderung annehmen, diese jungen Menschen durch mehr und bessere Bildung und Ausbildung wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das Menschenrecht auf Bildung muss in Deutschland endlich verwirklicht werden. Auf jeder Stufe unseres Bildungswesens muss es Rechtsansprüche geben – bis hin zum Recht auf Aus- und Weiterbildung. Bildung muss Menschen dabei unterstützen, sich solches Wissen anzueignen und die Kompetenzen zu entwickeln, die für ihre Beteiligung an einer zukunftsfähigen Gesellschaft notwendig sind. Neben Sach-, Orientierungs-, Handlungswissen geht es um die Ausbildung von Schlüsselkompetenzen, wie Wahrnehmungs- und Erfahrungsfähigkeiten, Konfliktlösungs- und Urteilsfähigkeit, Kreativität, vernetztes Denken, Kooperations- und Entscheidungsfähigkeit.

2. Bildung ist staatliche Daseinsvorsorge - Privatisierung verhindern und Gebühren abschaffen

Eine gute Bildung für alle Menschen ist die entscheidende Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wer am Bildungssystem spart, lastet der Gesellschaft hohe Folgekosten auf. Bildung darf nicht auf eine Dienstleistung reduziert werden, die nur in Anspruch nimmt, wer es sich finanziell leisten kann oder will. Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem muss politisch bekämpft werden. Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut. Die zunehmende Privatisierung kann nur gestoppt werden, wenn der Staat massiv in den Ausbau und die Qualität des Bildungswesens investiert. Bildung zu privatisieren oder die Kosten mehr und mehr auf die oder den Einzelnen abzuwälzen, können ebenso wenig eine Alternative zu einem zukunftsfähigen öffentlichen Bildungswesen sein wie von Unternehmen

finanzierte und kontrollierte Eliteeinrichtungen. Hohe Gebühren für Krippenplätze und Kindergärten, für das Studium, Beiträge für Lernmittel, Klassenfahrten und Theaterbesuche sowie kräftige Teilnahmegebühren in der Weiterbildung verhindern eine höhere Bildungsbeteiligung.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB: Bildung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und allen Menschen zugänglich sein. Der DGB fordert die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule.

3. Bildung braucht Zeit - Ganztagsangebote ausbauen

In kaum einem anderen Industrieland setzt der Staat seine Kinder schon mittags vor die Tür. In Deutschland hingegen sind Halbtags-Kindergärten und Halbtags-Schulen die Regel. Langsam setzt sich auch in der Bundesrepublik die Erkenntnis durch, dass Ganztagsangebote ein wichtiger Baustein sind, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen – und so sowohl Männern als auch Frauen Chancengleichheit beim Zugang zur Arbeitswelt zu bieten.

Doch nicht nur die Eltern, auch die Kinder profitieren enorm von Ganztagsangeboten. Denn Bildung braucht Zeit. Pädagoginnen und Pädagogen müssen den Spielraum gewinnen, individuelle Angebote für die einzelnen Kinder und Jugendliche zu machen. Wir brauchen deshalb flächendeckend und verbindlich Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und Angebote der Jugendhilfe – mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen für das pädagogische Personal. Wir wollen flächendeckende Ganztagsangebote mit anspruchsvollen pädagogischen Konzepten. Der DGB fordert die Fortsetzung des Ganztagsschulprogramms über das Jahr 2009 hinaus.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB: Bund und Länder müssen Mittel und Wege finden, die Finanzierung gemeinsam dauerhaft zu sichern.

4. Bildung beginnt in der frühen Kindheit - Kitas verbessern

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Es ist deshalb überfällig, dass der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung für Kinder (Krippe, Kindertagesstätte) eingeführt wird. Dieser muss unabhängig vom sozialen Status der Eltern von Geburt an gelten. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch bessere Angebote in den Tageseinrichtungen für Kinder.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB: eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung. Der DGB fordert Bund und Länder auf, für die Sicherung von guter Qualität bundesweite Standards (Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Gruppengröße, Zeit für Vor- und Nachbereitung) zu entwickeln, die in allen Ländern umzusetzen sind. Diese Standards müssen für alle Einrichtungen gelten - unabhängig von deren Trägerschaft.

5. Eine gute Schule für alle Kinder fördert und unterstützt - Auslese der Kinder stoppen

Die Bilanz unseres Schulsystems ist Besorgnis erregend: Jahr für Jahr verlassen bis zu 80.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Gleichzeitig gelingt es nicht, mehr Jugendliche für ein Studium zu qualifizieren, der Zugang zur Hochschule wird in bildungsnahen Schichten vererbt. Der Abstand zu international erfolgreichen Bildungssystemen wächst. Wir brauchen deshalb auch für unsere Schulen eine neue Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt Selektion. Gute Schulen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Eine Schule für alle Kinder erreicht durch individuelle Förderung zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Das pädagogisch sinnlose Sortieren und Etikettieren in unterschiedlich anspruchsvolle Bildungsgänge muss überwunden werden. Vor allem Haupt- und Förderschulen können den Schülerinnen und Schülern den Übergang in Ausbildung und Beruf kaum noch ermöglichen. Auch in Deutschland sollen junge Menschen bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen. Der DGB fordert daher die Einführung der einen guten Schule für alle. Zu einer qualitativ hochwertigen Schule für alle Kinder gehört auch, die Qualifikation von Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals endlich stärker ins Blickfeld zu rücken und zu verbessern. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss inhaltlich grundlegend reformiert werden. Sie muss - in den Bachelor- und Masterstudiengängen - für alle Lehrkräfte zum Master (300 ECTS-Punkte) führen. Alle Lehrerinnen und Lehrer sollen – unabhängig von Schulart und Schulstufe – einheitlich bezahlt werden.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB, das selektive Schul- und Bildungssystem zu überwinden. Kurzfristig brauchen wir massive Investitionen in die präventive individuelle Förderung „gefährdeter“ Jugendlicher. Um die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss zu senken, müssen sich Bund und Länder endlich verbindlich auf konkrete Zielgrößen und Maßnahmen der Qualitätssicherung festlegen. Der mittlere Abschluss nach Klasse zehn in der einen Schule für alle Kinder muss zum Standard werden, damit die Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Beruf schaffen.

6. Ausbildung schafft Lebensperspektiven – Verbesserung der dualen Berufsausbildung und des schulischen Angebotes

Hunderttausende Jugendliche bewerben sich Jahr für Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz und verschwinden im so genannten Übergangssystem zwischen Schule und Beruf – ohne dass sie eine voll qualifizierende Ausbildung beginnen können. Die Altbewerber machen inzwischen knapp die Hälfte der jährlichen Bewerber aus. So wird der Start ins Leben erschwert, Lebenszeit und Ressourcen werden verschwendet, Resignation und Perspektivlosigkeit sowie soziale Ausgrenzung erzeugt. Das duale System der Berufsausbildung gilt es zu erhalten und mit neuer Vitalität zu erfüllen. Neben den tarifpolitischen Initiativen der Sozialpartner gehören dazu gesetzliche Rahmenbedingungen, die mehr betriebliche Ausbildung ermöglichen, zum Beispiel über Ausbildungsum- bzw. zulagen. Außerbetriebliche Ausbildung (z.B. in der Schule) kann betriebliche Berufsausbildung nicht ersetzen, sondern ergänzt diese. Die Angebote sind so zu gestalten, dass sie für alle Schulabgänger offen sind und eine klare Orientierung auf den Arbeitsmarkt haben.

Das Grundrecht auf Ausbildung muss abgesichert werden, wie es in der gemeinsamen Petition von DGB und Landeschülervertretungen gefordert wird. Eine Reform des beruflichen Bildungssystems, die am Berufsprinzip festhält, erfüllt die gesellschaftlichen Anforderungen. Berufliche Handlungs- und Gestaltungskompetenz ist das Leitziel der beruflichen Bildung. Das Berufsprinzip soll nicht in Frage gestellt werden, etwa durch Modularisierung und Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten, oder durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit auf zwei Jahre. Es kommt darauf an, dass sich die Auszubildenden Kompetenzen aneignen, die es ihnen erlauben, ihren Berufsweg aktiv zu gestalten. Kernberufe bieten das Fundament für eine enge Verzahnung mit anschließenden Fort- und Weiterbildungen. Zu einem zukunftswiesenden Konzept für die berufliche Ausbildung gehört deshalb eine verbesserte Berufsorientierung, bei der Betriebe, Schulen, Bundesagentur für Arbeit und alle weiteren Akteure des Ausbildungsbereichs kooperieren: mit flächendeckenden, zielgruppenorientierten und professionellen Beratungsangeboten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB eine Neuordnung von Ausbildungsordnungen nur im Konsens mit den Gewerkschaften, eine bessere Qualität der Ausbildung mit qualifizierten Ausbildern. Die verpflichtende Qualifizierung nach der Ausbildereignungsverordnung ist unverzichtbar. Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebot der Berufsausbildung sein, um besonders benachteiligten Jugendlichen gute Abschlüsse zu ermöglichen. Hierzu sind geeignete Maßnahmen, wie z.B. eine zeitliche Ausdehnung der Berufsausbildung

denkbar, anstatt diese unnötig zu verkürzen. Um hohe Abbrecherquoten zu vermeiden, sind Qualitätssicherungssysteme nötig, zumindest Stichproben der Kammern in Betrieben.

7. Hochschulen sind Innovationsmotoren der Gesellschaft - Akademische Bildung öffnen

Zu wenige junge Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf, zu wenige schließen ihr Studium erfolgreich ab. Im OECD-Mittel beginnt mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium, in Deutschland liegt der Anteil lediglich bei 36 Prozent. Nicht zuletzt deshalb warnt die OECD in ihrer jüngsten Studie "Bildung auf einen Blick 2008" vor einem Fachkräftemangel, insbesondere in den Ingenieur- und Bildungswissenschaften. Bund und Länder müssen einen "Hochschulpakt II" schließen, und damit einen Ausbau der Studienplätze gewährleisten, der der tatsächlichen Nachfrage entspricht – und allen die gleichen Chancen auf ein Studium bietet. Die Barrieren beim Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschule müssen fallen. Der Hochschulzugang für Menschen, die sich beruflich qualifiziert haben, muss bundeseinheitlich geregelt und geöffnet werden. Erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten aus der Fort- und Weiterbildung müssen auf ein Studium anrechenbar sein.

Wenn in Deutschland wie im Durchschnitt aller Industrieländer mehr als 50 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen sollen, müssen die Mittel für die Ausbildungsförderung deutlich erhöht und die Förderung verbessert werden. Der DGB setzt sich für eine dynamische und regelmäßige Anpassung der BAföG-Fördersätze an die Einkommensentwicklung und die Lebenshaltungskosten ein. Der Darlehensanteil im Studierenden-BAföG ist zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zu senken, damit junge Menschen nicht vom „Studentenberg“ aus mit einem „Schuldenberg“ ins Berufsleben starten müssen. Grundsätzlich ist das BAföG zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln. Der im UNSozialpakt verankerte Grundsatz der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ist durch einen bundesweiten gesetzlichen Ausschluss von Studiengebühren durchzusetzen. Gute Studienbedingungen sind die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium: In überfüllten Hörsälen und mit fehlenden Labor- oder Praktikumsplätzen lässt sich nicht gut studieren.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB, die Hochschulen besser auszustatten, das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern und die Lehrenden auf Qualitätsstandards zu verpflichten. Bund und Länder müssen die Mittel bereitstellen, um dringend erforderliche Investitionen in die Bausubstanz und für neue Hochschulbauten zu sichern.

8. Lebenslanges Lernen eröffnet Horizonte – Weiterbildung solide finanzieren

Zwischen der Bedeutung der Weiterbildung in Sonntagsreden und der Wirklichkeit gibt es eine wachsende Kluft. Immer noch fehlen die institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass lebenslanges Lernen zum selbstverständlichen Teil der Biografien aller Menschen wird. Deutschland muss umsteuern. Wir brauchen ein neues solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen mehr Teilnahme ermöglicht. Erste Schritte hierfür hat der "Innovationskreis Weiterbildung" vorgeschlagen, wie z.B. die Ausweitung des sog. Meister-BAFÖG auf weitere Zielgruppen.

Alle Akteure der Weiterbildung – vom Bund über die Kommunen bis zu Gewerkschaften und Unternehmen – müssen ihre Aktivitäten sinnvoll vernetzen – sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Kleine und mittlere Unternehmen sind besonders gefordert, ihre Weiterbildungsanstrengungen zu erhöhen. Wir brauchen eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik, Initiativrechte der Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, eine Verpflichtung der Betriebe auf eine laufende Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche Weiterbildungsförderung. Länder wie Frankreich, Dänemark und Schweden zeigen, dass mehr öffentliche Verantwortung tatsächlich Impulse geben kann.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB, Rahmenbedingungen zu setzen für ein Recht auf Weiterbildung, für rechtlich garantierte Lernzeiten – einschließlich des Bildungsurlaubs, für unterstützende Finanzierung, für mehr Beratung und Transparenz, für bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung. Dazu ist ein Bundesgesetz für Weiterbildung unverzichtbar. Für eine Weiterbildung mit System muss ein Erwachsenen-BAFÖG eingeführt werden.

9. Gute Bildung und gute Arbeit gehören zusammen - Professionalität der Beschäftigten

Wer das deutsche Bildungswesen besser und gerechter machen möchte, braucht dafür ausreichend, gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal. Bisher nehmen Politik und Gesellschaft die Entwicklung und Pflege der Professionalität der Bildungsarbeiter/innen jedoch kaum in den Blick. Im Gegenteil: Unter dem Diktat der Sparkommissare in den Regierungen beginnt eine schleichende Entprofessionalisierung, zum Teil auch Prekarisierung der Beschäftigten im Bildungssystem. Statt endlich die notwendige Unterstützung durch Fortbildung und Beratung zu sichern, wird der Druck erhöht.

Die Beschäftigten im Bildungswesen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung unseres Bildungssystems. Sie verdienen und benötigen mehr Wertschätzung durch die ganze Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen das höchste Gut an: unsere Kinder. Die Gestaltung ihrer Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ist in hohem Maße entscheidend für den Erfolg einer Bildungsoffensive. Professionalität, Qualität und Arbeitsbedingungen gehören untrennbar zusammen. Eine gute Ausbildung, angemessene Bezahlung und eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Respekts bilden die Grundlage eines guten Bildungswesens. Sie machen Bildungsberufe auch für den Nachwuchs interessant.

Zurzeit steuert Deutschland auf einen gravierenden Fachkräftemangel auch im Bildungswesen zu. Soll der Krippenausbau bis 2013 gemeistert werden, müssen in den kommenden Jahren 80.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. In den nächsten 15 Jahren wird mehr als die Hälfte der Fachkräfte an den Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen in den Ruhestand gehen. Wenn dieser Generationenwechsel gelingen soll, muss jetzt massiv um qualifizierte Fachkräfte geworben werden.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB die Gewährleistung exzellenter Arbeitsbedingungen, eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, spürbar kleinere Klassen, eine Verpflichtung zur Weiterbildung und ein massiver Ausbau guter Angebote zur Weiterbildung.

10. Ein "Zukunftsfähiges Deutsches Bildungssystem" braucht eine nationale Strategie - mehr Geld in Bildung investieren

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB, dass Deutschland ökonomisch und politisch zur Weltspitze aufschließen und den „Wettbewerbsföderalismus“ in der Bildung überwinden muss. Notwendig ist eine nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen mit klaren Entwicklungszielen. Im Mittelpunkt dieser Strategie müssen folgende Ziele stehen: Umfassende Bildungsbeteiligung schon in der frühkindlichen Bildung, deutliche Senkung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss, Reduzierung der Zahl der funktionalen Analphabeten, Berufsqualifizierende Abschlüsse für alle Jugendlichen, gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse, Anhebung der Zahl der Studienanfänger und Hochschulabsolventen zumindest auf OECD-Niveau, Verringerung der Quote der Studienabbrecher, Entkopplung von sozialer bzw. ethnischer Herkunft und Bildungserfolg, Verbesserung fachlicher Leistungen auf OECD-Spitzenniveau und eine Weiterbildungsbeteiligung auf europäischem Niveau.

Bund, Länder und Kommunen müssen in all diesen Bereichen belastbare und verbindliche Vereinbarungen treffen. Die Umsetzungsstrategien müssen von einer unabhängigen Stelle auf ihre Wirkung geprüft werden. Das Bildungssystem kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle staatlichen Ebenen über gemeinsames Verantwortungsbewusstsein und die geeigneten Instrumente verfügen, um die Ziele der nationalen Bildungsstrategie zu erreichen und zu kontrollieren.

Wenn Deutschland zu einer Bildungsrepublik werden soll, muss Bildung auch unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte allgemeines Gut staatlicher Daseinsvorsorge sein.

"Mit guter Bildung in die Zukunft" heißt für den DGB, einen finanziellen Kraftakt zu stemmen. Derzeit werden in Deutschland lediglich 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus öffentlichen Mitteln in das Bildungswesen investiert. Will die Bundesrepublik wieder Anschluss an europäisches Spitzenniveau schaffen, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent des BIP steigen. Ohne den Aufwand für Bauinvestitionen sind dafür jährlich mindestens 30 Milliarden Euro zusätzlich erforderlich. Wir brauchen einen Pakt „Zukunft der Bildung“. Bund und Länder müssen sich im Rahmen der Föderalismus-Reform II auf eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Bildung“ verpflichten.

Bildungspolitik der Landesregierung seit 2005 – Eine Selbsteinschätzung

Auf der Internetseite des Schulministeriums NRW skizziert die Landesregierung ihre „schulpolitischen Reformen“ seit 2005. Hier die Kernsätze:

„Seit 2005 hat die Landesregierung mehr als 5000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Zum nächsten Schuljahr kommen weitere rund 1800 hinzu - trotz sinkender Schülerzahlen. ... Rechnet man alle Stellen zusammen, die erhaltenen und die zusätzlichen, so ergibt sich für 2009 gegenüber 2005 ein Plus von rund 14.500 Stellen. Dies macht sich in den Schulen bemerkbar: Kamen 2005 auf jede Lehrerstelle 18,6 Schüler, werden es im kommenden Jahr nur noch 17,0 sein.“

„Der Unterrichtsausfall ist mehr als halbiert worden. Die Unterrichtsstatistik weist für 2008 einen Ausfall von 2,0 Prozent aus, den niedrigsten jemals gemessenen Wert. Gegenüber dem letzten Amtsjahr der rot-grünen Landesregierung wurde der Unterrichtsausfall damit um 55 Prozent reduziert.“

„Die Landesregierung bringt den Ganzttag in die Fläche, um für mehr Bildungsförderung und Chancengerechtigkeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen ...“

„Darüber hinaus will die Landesregierung eine pädagogische Übermittagsbetreuung sowie - je nach Bedarf - Ganztagsangebote an allen weiterführenden Schulen gewährleisten ...“

„Das neue Schulgesetz hat für Nordrhein-Westfalen die umfassendsten Schulreformen seit Jahrzehnten in Gang gebracht. Und die Richtung stimmt. Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln hat die Reformanstrengungen der einzelnen Bundesländer in der Schulpolitik seit 2006 verglichen. Ergebnis dieses "Politik-Checks Schule": Platz eins für Nordrhein-Westfalen. "Nordrhein-Westfalen ist die Speerspitze der reform-aktiven Länder", sagen die Verfasser der Studie ...“

„Die individuelle Förderung beginnt schon vor der Einschulung. Die Landesregierung hat mit einer gezielten vorschulischen Sprachförderung begonnen, um eine stabile Grundlage für das schulische Fortkommen aller Kinder zu legen. Deshalb wird bei allen Kindern zwei Jahre vor der Einschulung eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt. Im Bedarfsfall schließt sich eine Förderung in einer Kindertagesstätte an. So bleibt noch mindestens zwei Jahre Zeit, um die Startchancen der Kinder zu verbessern ...“

„Im neuen Schulgesetz ist die individuelle Förderung als Recht festgeschrieben, und immer mehr Schulen fördern ihre Schüler individuell. So konnte das Land bereits 227 Schulen mit dem Gütesiegel Individuelle Förderung auszeichnen ...“

„Auch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur an Gymnasien geht mit mehr individueller Förderung einher. So werden in Nordrhein-Westfalen als Bestandteil des Unterrichtsumfanges von 265 Wochenstunden bis zum Abitur mindestens fünf Wochenstunden bedarfsgerechter Förderunterricht angeboten. Der soll von den Schulen in den Stundenplänen ausgewiesen werden...“

„Unsere Landesregierung sorgt für Chancengerechtigkeit. Sie nimmt auch gerade die besonders unterstützungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler in den Blick. Um künftig mehr Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf wohnortnah und integrativ in den Regelschulen beschulen zu können, hat das Schulministerium in einem Pilotprojekt 20 Förderschulen zu Förderzentren gemacht...“

„Mehr Chancengerechtigkeit und mehr Wahlfreiheit! Dem dient auch die Aufhebung der Grundschulbezirke...“

„Schulen wurde früher jedes Detail vorgeschrieben. Die Landesregierung hat Schluss gemacht mit der bürokratischen Gängelung. Sie baut auf eigenverantwortliche Schulen, die mit neuen Ideen vorangehen, die aber auch Rechenschaft ablegen über die Ergebnisse ihrer pädagogischen Arbeit...“

„Nicht nur durch Entbürokratisierung und zusätzliche Lehrerstellen verbessern sich die Arbeitsbedingungen für unsere Lehrerinnen und Lehrer. So wurden die Mittel für den Gesundheitsschutz deutlich erhöht, darunter auch die Mittel für den Mutterschutz Schwangerer...“

„Näher an den Bedürfnissen der Lehrerinnen und Lehrer - das gilt auch für die Fortbildung. Sie ist heute orts- und schulnäher als früher; zudem stärker auf das Team bezogen - nicht mehr nur auf den einzelnen Lehrer. Dafür sorgen Kompetenzteams in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten des Landes...“

„Gemeinsamkeit macht stark! Deshalb bündeln wir alle kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung von Schulen in regionalen Bildungsnetzwerken. Schulen sind der wichtigste Baustein zum Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen...“

(Quelle: <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulpolitik/Reformen/index.html>)

Positionen der Parteien und gewerkschaftliche Forderungen

In den Veröffentlichungen und Verlautbarungen der Parteien hat Bildung einen zentralen Stellenwert: Bildung sei ein Kernthema; bei Bildung dürfe nicht gespart werden; Reformen seien notwendig und würden angegangen; Bildung sei Zukunft. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die gleichen Chancen haben; Schüler/innen müssen stärker individuell gefördert werden; mehr Durchlässigkeit wird angestrebt und Sitzenbleiben als Problem erkannt. Doch: Was passiert wirklich?

Gewerkschaftliche Forderung: Eine Schule für Alle

Eine Abschaffung des gegliederten Schulsystems wird von der CDU als „Zerschlagung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien“ sowie als „rot-rot-grüne Einheitsschule“ abgelehnt (siehe Schulkampagne der CDU NRW „Nicht mit uns“).

Die FDP propagiert die Einführung einer „Gemeinschaftsschule“. Haupt- und Realschulen sowie Haupt- und Gesamtschulen dürfen sich organisatorisch unter einem Dach zusammenschließen. Sie bleiben aber als getrennte Schulformen bestehen.

Die SPD will ebenfalls eine „Gemeinschaftsschule“ einführen, die allerdings alle bisherigen Schulformen einschließlich des Gymnasiums umfaßt. Ab Klasse 7 können dann die Schulen entscheiden, ob sie weiter einen gemeinsamen Unterricht für alle Schüler/innen durchführen oder eine Differenzierung nach Hauptschul-, realschul- und Gymnasialklassen vornehmen.

Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke wollen hingegen das gegliederte Schulsystem abschaffen und eine gemeinsame Schulform bis Klasse 10 einführen.

Gewerkschaftliche Forderung: Inklusion

"Inklusion" bedeutet Einbeziehung, Einschluss, Einbeschlossenheit, Dazugehörigkeit. Die Idee der Inklusion besteht darin, dass kein Kind oder Schüler – also auch Kinder und Schüler mit Behinderung -mehr als „andersartig“ angesehen werden soll. Die inklusive Schule erkennt an, dass Kinder unterschiedliche Stärken und Schwächen haben und heißt alle gleichermaßen willkommen. Inklusion ist dabei auch Ziel einer UN-Konvention.

SPD, B90 / Die Grünen und Die Linke sagen: Inklusion jetzt!

Ein gemeinsamer Antrag im Landtag kam aber in 2009 am Widerstand von CDU und FDP nicht zustande.

Gewerkschaftliche Forderung: Ausbau Ganztagschule

Die Landesregierung aus CDU und FDP rühmt sich einer „Ganztagsoffensive“ für alle Schulformen mit einem schrittweisen Ausbau.

Für die SPD ist die Einführung von Ganztagsangeboten an „Gemeinschaftsschulen“ obligatorisch.

Die FDP möchte für alle Schüler/innen einen verlässlichen Ganztagsplatz anbieten.

B90/ Die Grünen fordern die „Entwicklung der Ganztagsangebote“, um „der wachsenden Schule der Vielfalt die nötige Zeit und den Raum geben, Ort des individuellen Lernens und gemeinsamen Lebens zu sein.“

Die Linke spricht sich ebenfalls für ein Ganztagschulsystem in den Grund- und weiterführenden Schulen aus.

Gewerkschaftliche Forderung: Bildung ist keine Ware

Die CDU will mit ihrer Schulpolitik einen „Ordnungsrahmen“ setzen. Der Staat dürfe nicht in alle belange der Schule hineinreglementieren. Er müsse auf detaillierte Verfahrens- und Organisationsverfahren verzichten. Dabei sei der Wettbewerb um den besten und innovativsten Weg gewollt. Die Abschaffung von KITA-Gebühren ist nicht geplant.

Die SPD sieht die Notwendigkeit einer „staatlichen Gewährleistungsgarantie für Bildung“. Bildung sei ein öffentliches Gut, das vom Staat überall im Land in gleicher Qualität zu gewährleisten ist. Das Land habe in ausreichendem Umfang Ressourcen für die Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Elternbeiträge für Kindergärten sollen schrittweise abgeschafft werden.

Für die FDP ist Bildung ein „Bürgerrecht“, das von „Wahlfreiheit“ und „Individualität“ flankiert wird. Voraussetzung sei ein plurales Angebot an Bildungseinrichtungen, das zu Wettbewerb führt. Die FDP spricht sich für eine „Privatschulinitiative“ aus, da Ergänzungsschulen eine Bereicherung der Schullandschaft darstellen. Die Abschaffung von KITA-Gebühren ist nicht geplant.

B90 / Die Grünen sieht Bildung als öffentliches Gut. Kitas sollen kostenfrei sein.

Die Linke spricht sich grundsätzlich für eine Beitragsfreiheit im Bereich der Bildung ein (KITA, Schule, Hochschule).

Gewerkschaftliche Forderung: Frühkindliche Bildung und Rechtsanspruch auf U3-Betreuung

Alle Parteien sprechen sich für eine verbesserte frühkindliche Bildung aus.

Die Landesregierung aus CDU und FDP haben hierzu das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) eingeführt, mit dem Ziel, mehr frühkindliche Bildung und mehr U3-Betreuungsplätze zu schaffen. Doch anstelle einer Verbesserung haben sich die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten verschlechtert.

Die SPD befürwortet eine altersgemäße frühkindliche Bildung und setzt sich für einen Rechtsanspruch auf eine U3-Betreuung ein. Das Kibiz wird abgelehnt.

Für Die Linke fängt Bildung ebenfalls schon vor der Schule an. Auch hier gibt es die Forderung nach einer altergemäßen frühkindlichen Bildung und nach einem Rechtsanspruch auf eine Betreuung.

B90 / Die Grünen fordern ebenfalls deutliche Verbesserungen im vorschulischen Bereich einschließlich eines Ausbaus der U3-Betreuung (Rechtsanspruch auf KITAS-Platz ab Eins).

Gewerkschaftliche Forderung: Abitur nach 13 Jahren

CDU und FDP haben die Schulzeit zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife von 13 auf 12 Jahren reduziert.

B90 / Die Grünen lehnt die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre nicht ab, sieht aber in der bisherigen Umsetzung durch die Landesregierung eher „Stümperei“.

Die SPD will eine Wahlfreiheit zwischen Abitur nach 12 oder 13 Jahren einführen.

Die Linke will die Schulzeit wieder auf 13 Jahre verlängern.

Gewerkschaftliche Forderung: Abschaffung Studiengebühr

In 2006 haben CDU und FDP Studiengebühren in NRW eingeführt. Sie sehen darin die Möglichkeit, die Finanzsituation der Hochschulen und die Lehr- und Lernbedingungen zu verbessern. Um finanzielle Härten abzufedern, wurden Fördermöglichkeiten und Stipendien eingeführt.

SPD, B90 / Die Grünen und Die Linke lehnen Studiengebühren als unsozial ab.

Gewerkschaftliche Forderung: Abschaffung von Kopfnoten

CDU und FDP haben Kopfnoten eingeführt, um Sozialverhalten zu bewerten und haben damit eine heftige Diskussion angestoßen.

SPD, B90 / Die Grünen und Die Linke lehnen Kopfnoten ab. Schule müsse zwar positiven Einfluss auf das Sozialverhalten nehmen, dieses könne aber nicht über Noten bescheinigt werden.

Gewerkschaftliche Forderung: Bildung ist mehr als Schule

Alle Parteien sehen die Vernetzung von Schule mit außerschulischen Trägern und dem schulischen Umfeld (Sozialraum) als wichtige Aufgabe und bieten hierzu unterschiedliche Lösungswege an. Hierbei ist aber zu beachten, dass Vernetzung immer auch Ressourcen (Zeit, Personal) verlangt. Daher bleibt abzuwarten, wie sich dieser Anspruch im Stellenplan wiederfindet und wie diese Vernetzung über einzelne Modellprojekte in das Regelsystem Schule eingeführt wird.

Gewerkschaftliche Forderung: Mehr Selbstständigkeit für Schulen

Alle Parteien sprechen sich für mehr Selbstständigkeit der Schulen aus. Hier werden von den Parteien unterschiedliche Wege skizziert. Aber auch hier ist zu beachten, dass Selbstständigkeit Ressourcen verlangt. Daher bleibt abzuwarten, wie sich dieser Anspruch im Stellenplan und in den Strukturen wiederfindet.

Gewerkschaftliche Forderung: Entrümpelung der Lehrpläne

Auch hier sind sich alle Parteien weitgehend einig: Die Lehrpläne müssen entrümpelt werden. Es können nicht immer neue Anforderungen an Schule gestellt werden, ohne alte, überholte Lehrpläne zu hinterfragen. Doch auch hier stellt sich die Frage, wann das erkannte Problem endlich angegangen wird.

Positionen der Parteien auf einen Blick

Gewerkschaftliche Forderung	CDU	SPD	FDP	B90	Die Linke
Eine Schule für alle	▼	▲	▼	▲	▲
Inklusion	▼	▲	▼	▲	▲
Generelle Einführung von Ganztagsunterricht	▼	▼	▲	▲	▲
Bildung ist keine Ware	▼	▲	▼	▲	▲
Frühkindliche Bildung / Rechtsanspruch	▼	▲	▼	▲	▲
Abschaffung Studiengebühren	▼	▲	▼	▲	▲
Abitur nach 13 Jahren	▼	▲	▼	▼	▲
Abschaffung Kopfnoten	▼	▲	▼	▲	▲
Bildung ist mehr als Schule / Vernetzung	▲	▲	▲	▲	▲
Mehr Selbstständigkeit für Schulen	▲	▲	▲	▲	▲
Entrümpelung der Lehrpläne	▲	▲	▲	▲	▲

Weitere bildungspolitische Positionen der DGB-Region Köln-Bonn



Positionspapier « Bildung und Integration »



Positionspapier « Ausbildung für alle » der DGB-Jugend Köln

**Weitere Informationen im Internet unter
www.Region-Koeln-Bonn.DGB.de**